

DIAS-Kommentar

Nr. 34 • Februar 2005

Dustin Dehéz/ Babak Khalatbari
Globalisierte Geopolitik
und ihre regionale
Dimension. Konsequenzen
für Staat und Gesellschaft

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Dustin Dehéz / Babak Khalatbari: Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft

Der folgende Aufsatz soll weder die Neuerfindung des Rads noch das Schöpfen eines Unworts darstellen. Vielmehr wird versucht, für die sich verändernden Politikparadigmen eine passende Erklärung zu finden sowie vorhandene Konfliktpotenziale zu klassifizieren. Zurückgehend auf das Kolonialzeitalter wird hierbei der Begriff der Geopolitik verwendet und aktualisiert, da es interessante Parallelen zu geben scheint. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sorgen nämlich ein paar brisante Emails auf der Festplatte eines Computers in Pakistan genauso für extrem sicherheitspolitische Zuspitzungen in einer weit vom Ort des Geschehens entfernten Region, wie es der deutsche „Panthersprung“ nach Agadir zu Anfang des 20. Jahrhunderts vermochte. Obwohl die deutsche Marineeinheit nicht einmal an Land ging, spitzte sich die Lage dennoch zu, da Frankreich und England das deutsche Engagement „nach mehr Sonne“ auf keinen Fall akzeptieren wollten. Die Kriegsangst in Europa stieg an und England bereitete sich auf einen Angriff der deutschen Flotte vor. Damals, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, wirkten die getroffenen politischen Strategiemaneöver unweigerlich auf Europa zurück, obwohl als Bühnenkulisse bewusst Ersatzschauplätze außerhalb des europäischen Kontinents gewählt wurden. Ähnlich verhielt es sich bei den so genannten Stellvertreterkonflikten während des Ost-Westkonflikts nach dem Zweiten Weltkrieg. Im 21. Jahrhundert verhält es sich gewissermaßen ähnlich, wenn man von der Diametralität absieht. Bei diesem Ansatz offenbart sich immer mehr die Tatsache, dass zumindest auch das Zentrum kurzfristig von der Peripherie dominiert werden kann. Legt man diesen Ansatz zu Grunde, wird klar, wie sich im neuen Zeitalter die bekannte Devise „think global, act local“ zu „think local, act global“ umkehren kann. Dabei handelt es sich nicht um eine neue Entwicklung, wurde doch schon zu Zeit des Kalten Krieges phasenweise die Zentren von den Konflikten in der Peripherie in Atem gehalten. Die schrecklichen Terroranschläge, die sich am 11. September 2001 innerhalb weniger Stunden ereigneten, haben diesbezüglich nicht nur das Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik nachhaltig ausgedehnt sowie die Instrumente einer breit angelegten Präventionspolitik an Bedeutung gewinnen lassen, sondern stellen auch den Anfang einer neuen Geopolitik dar. Einer globalisierten Geopolitik. Zudem gestaltet kein Prozess die gegenwärtige Welt so sehr, wie die fortschreitende Globalisierung.

Was das aber genau neben der wirtschaftlichen Internationalisierung bedeutet ist umstritten. Globalisierung wird in diesem Aufsatz als ein gesellschaftliches Phänomen verstanden, das sich durch drei Merkmale kennzeichnen lässt: durch Enträumlichung, Beschleunigung und Informationalisierung. Zusammengenommen machen diese drei Phänomene die globale Welt zu einer regionalen Welt; zu einem globalen Dorf. Zusätzlich scheint es ein viertes Phänomen zu geben, das man als Filter bezeichnen könnte. Diese Filter gehören unabdingbar zur Globalisierung, sie kennzeichnen die Globalisierung durch eine der Beschleunigung entgegengesetzte, aber – und das ist entscheidend – unterlegene Entschleunigung.

Aus dieser Definition von Globalisierung heraus lassen sich bestimmte sicherheitspolitische Folgewirkungen erklären. Dieser Artikel soll der Versuch sein, Globalisierung unter den genannten Merkmalen zu definieren und anschließend die Folgen globalisierter Geopolitik bezüglich der regionalen Dimensionen zu charakterisieren.

Globalisierung – eine Umschreibung

Das Bild vom „homo oeconomicus“ wurde mittlerweile vom ganzheitlicheren Bild des „homo globator“, das von Eric Hobsbawm geprägt wurde, abgelöst.¹ Er wird damit dem individuellen Charakter der – erstens – Enträumlichung gerecht, denn Enträumlichung bedeutet zunächst mehr Freiheit für das Individuum. Enträumlichung äußert sich vor allem in höherer Mobilität und in der Verfügbarkeit verschiedenster Fortbewegungsmittel. Die Distanz zwischen Start- und Zielpunkt einer Bewegung wird zwar nicht kleiner, kann aber in wesentlich geringerer Zeit bewältigt werden. Diese Verkürzung lässt den Faktor Raum zunehmend unerheblich erscheinen. Steigende Mobilität ist aber nicht nur die Möglichkeit einiger Weniger sich schnell im Raum zu bewegen, Mobilität, und das ist die besondere Dimension globalisierter Enträumlichung, ist für immer breitere Schichten der Bevölkerung in fast allen Regionen zugänglich. Es geht mittlerweile nicht nur schneller von A nach B zu gelangen, es ist vor allem auch billiger als je zuvor. Die low cost carrier haben zu einer Demokratisierung des Flugverkehrs geführt und die Enträumlichung, die lange ein Elitenphänomen war, zu einer allgemein abrufbaren Erfahrung gemacht. Globalisierung beruht also in dieser Hinsicht nicht so sehr auf der Beseitigung ökonomischer Hindernisse als vielmehr auf der Eliminierung technischer Hindernisse. Enträumlichung ist auch im Bereich der Ökonomie ablesbar. Die internationale Arbeitsteilung vertieft sich im Rahmen der Globalisierung. Heute kann man nicht nur in vergleichsweise geringer Zeit Autos von Korea nach Dänemark verschiffen. Wurde vor vierzig Jahren noch ein Produkt in Deutschland hergestellt und dann exportiert, hat sich heute der ganze Produktionsprozess verändert. Heute wird das Produkt in Deutschland bestellt, in Irland individuell gefertigt und der Kunde kann jederzeit den Produktionsstand abfragen, über ein Call-Center in Polen. Das Produkt selber ist zusammengesetzt aus Teilen, die aus verschiedenen Ländern stammen können. In der Geschichte war Enträumlichung zunächst mit einem Prozess der Verräumlichung verbunden. Mit der Entdeckung der letzten unbekanntem Territorien auf der Welt, in Afrika, Asien und Amerika durch Geographen und Kartographen fand zunächst eine Verräumlichung statt. Damit einher ging schon früh das Bemühen um eine Enträumlichung, durch den Bau von Chausseen, Eisenbahnen und besseren Kutschen und schließlich der Erfindung des Automobils. Erst als mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts der Globus weitestgehend erforscht war, konnte die Enträumlichung, der Sieg der Zeit über die Distanz, dauerhaft werden. So verstanden bedeutet Enträumlichung, einer immer größer werdenden Zahl von Menschen, einen erweiterten Zugang zu Produkten, Dienstleistungen, Räumen und Territorien zu ermöglichen. Während die Verräumlichung ihr vorläufiges Ende gefunden hat, nimmt die Enträumlichung weiter zu, ein Ende dieses Prozesses ist nicht abzusehen. Es ist – zweitens – die zunehmende Aufhebung von Zeit und Raum, diese erstaunliche Beschleunigung des menschlichen Lebens, die die Globalisierung erst möglich gemacht hat. Diese Aufhebung von Zeit und Raum ist aber keine totale, sondern eine, die an technische Möglichkeiten rückgebunden bleibt. Und zu der der Zugang noch keineswegs global möglich ist. Das ist einer der Gründe für die Schwäche Amerikas. Man kann die Tarnkappenbomber der amerikanischen Luftwaffe mit ihrer schier grenzenlosen Reichweite zwar bewundern, aber auch sie fliegen nur mit Düsentriebwerken und außer den Vereinigten Staaten braucht keine Nation Flugzeuge mit einer solchen Reichweite, weil kein anderer Staat so isoliert liegt wie die USA. Ähnlich verhält es sich im Personenverkehr. Der Flug über den Atlantik dauert noch immer acht Stunden. Die Aufhebung von Zeit und Raum hat hier eine, zumindest vorläufige Grenze gefunden. Für Europäer spielen die Distanzen von einem Staat zum nächsten keine Rolle mehr. Für Nordamerikaner durchaus. Auch das erklärt ein wenig den starken Patriotismus der Vereinigten Staaten, dass es uns Europäern so spielend leicht fällt, die nationalstaatlichen und kontinentalen Grenzen zu überwinden, so dass wir die eigentliche Bedeutung des Nationalstaats erkennen: Er ist nur ein Provisorium. Sich als Europäer zu fühlen, ist nichts weiter als das Pendant zum Nationalstolz des 19. Jahrhunderts, es entspricht unserem

Stand von Mobilität:

„Der zentrale Punkt ist hier folgender: ‚Fortschritt‘ bezeichnet keine Eigenschaft der Geschichte, Fortschritt steht für das Selbstbewußtsein der Gegenwart. Die tiefste, möglicherweise einzige Bedeutung von Fortschritt beruht auf zwei eng zusammenhängenden Annahmen – daß die ‚Zeit für uns arbeitet‘ und daß wir es sind, die ‚die Dinge geschehen machen‘.“² Zygmunt Bauman trifft mit seiner Bemerkung eine Seite der Medaille. Mit der anderen Seite ist freilich auch wenig zu holen. Denn es ist ein Charakteristikum der gegenwärtigen Welt, dass besonders viel Fortschritt „gemacht“ wird. Fortschritt ist in diesem Zusammenhang die Erfindung immer neuerer und effektiverer Wege miteinander zu kommunizieren. Diesen Fortschritt „machen“ wir ebenso wie die Terroristen. Ziel ist die weitere Beschleunigung unseres Lebens, unserer Kommunikationszusammenhänge und der Arbeitsabläufe. Historisch hat es Phasen mit stark gebündelter, ausgedehnter Entwicklung gegeben und Phasen mit weniger Entwicklung. Seit etwa 1980 erleben wir eine Phase ungeheurer Beschleunigung, vor allem seit Einführung des Internets und der Mobilfunktechnologie. Die Lebenszusammenhänge und direkten Wechselwirkungen von Ereignissen auf entgegengesetzten Teilen der Welt verdichten unseren Globus Tag für Tag. Wir befinden uns in einer Phase komprimierter historischer Entwicklung, eine Entwicklung, die sich auf alle gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereiche ausdehnt.³ Aber nie zuvor hat es eine Zeit gegeben, in der die Beschleunigung unserer Kommunikationszusammenhänge zu einem derart nachhaltigen Ergebnis geführt hat: Wir sind in der Lage, unser Leben im Wesentlichen mit anderen Menschen synchron abzustimmen und können simultan mit anderen Menschen auf anderen Teilen der Welt handeln. Dauerte die Kommunikation über einen Brief heute noch zwei Tage, kann eine Email denselben Austausch innerhalb von Minuten erledigen. Damit ist nicht nur das Zeitfenster einer Aktion gestiegen, es beschleunigt unser Leben auch deshalb, weil vom Empfänger einer Email innerhalb weniger Stunden auch eine Reaktion erwartet wird. Der Kommunikationszusammenhang hat sich zwar beschleunigt, unser Arbeitsprozess auch. Der Reflektionszeitraum allerdings ebenfalls, uns bleibt, wohl oder übel, weniger Zeit zu reagieren, was nicht immer ein Segen ist.

Die Beschleunigung kann als Katalysator fungieren. Staaten zerfallen nicht, weil sie der Globalisierung ausgesetzt sind. Sie zerfallen, weil sie schlecht regiert werden, historische Altlasten nicht bewältigen oder sich gar von der Globalisierung abkoppeln. Im Umfeld der Globalisierung, einer allgemeinen Beschleunigung der Interaktionszusammenhänge, zerfallen sie allerdings schneller als bisher.

Globalisierung ist – drittens – durch die immer schnellere Verbreitung von Information gekennzeichnet, der Informationalisierung. Diese Informationalisierung erhöht wiederum die Freiheit des Einzelnen. Die ständige Verfügbarkeit von (aktuellen) Informationen verbreitert die Grundlage für die Entscheidung des Einzelnen, das kann einerseits dazu führen mehr Optionen und damit mehr Freiheit zu ermöglichen, andererseits aber das Individuum auch überfordern. Sichtbar wird das zum Beispiel an den ungeheuren Transfermengen von Geld die täglich den Globus überqueren. Denn nur wenn der Anleger in Düsseldorf weiß, wie die Renten-derivate in Shanghai stehen, wird er sein Geld über Kontinente hinweg bewegen können. Obwohl also Information unmittelbar zugänglich ist, das heißt ohne zeitlichen Verzug, ist damit nicht ein höheres Maß an Sicherheit die Folge. In jedem Fall aber ist er nicht mehr gezwungen ausschließlich in Fonds der Düsseldorfer Sparkasse zu investieren. Das Mehr an Information sagt freilich noch nichts über den Wert dieser Informationen aus, Hobsbawms „homo globator“ muss lernen die Flut von Informationen zu verarbeiten. Damit ist gleichzeitig eine neue Kulturtechnik geboren. Das gilt sowohl für politische, kulturelle als auch soziale Informationen.

Diese drei Faktoren – Enträumlichung, Beschleunigung, Informationalisierung – zusammen-

genommen erweitern zwar die persönliche Freiheit über ein höheres Maß an Verfügbarkeit von Raum und Information, gleichzeitig geht mit ihnen ein Verlust an Zeit einher. Der erste Effekt der Globalisierung ist ihre Unmittelbarkeit. Sie verringert den menschlichen Spielraum. Ein Brief konnte vor zwanzig Jahren noch in einem Dreischritt aufgenommen werden: Erfahrung, Verarbeitung und Reaktion. Im Emailverkehr, im Telefonat können diese drei Schritte menschlicher Bearbeitung nicht mehr getrennt werden, sie müssen nun gleichzeitig ablaufen. Die Unmittelbarkeit der globalisierten Welt verlangt vom Individuum daher ein höheres Maß an Gleichzeitigkeit. Gleichzeitigkeit bedeutet Aufnahme und Verarbeitung von Informationen in einem Schritt zu vollziehen und beinhaltet so den Verlust von Zeit. Im menschlichen Alltag können so ganz praktisch Informationen verloren gehen oder missverstanden werden. In einem Arbeitsprozess, etwa zwischen einem Investor und seinem Bauunternehmer, oder zwischen einem Investmentbanker und einem seiner Kunden, können Mitteilungen untergehen oder schlicht abhanden kommen. Mindestens können so Einnahmeausfälle oder Verluste entstehen, im günstigsten Fall muss die Informationen noch einmal übermittelt werden. Diese Friktionen, bedingt durch schnellere Übermittlung und verringerte Reaktionszeit, können als Filter oder Barrieren bezeichnet werden. Aus beinahe jedem Zug, der der Globalisierung eigen ist, resultieren solche Gegenbewegungen. Im Fall der Enträumlichung etwa sieht das so aus: der Flug zwischen zwei Orten dauert gewöhnlich länger als nötig, da zum Fliegen auch die Zeit gehört, die man zum Einchecken und besonders für die Sicherheitskontrollen benötigt. Besonders auf innereuropäischen Flügen beträgt die Zeit, die man im Flugzeug verbringt, nur einen kleineren Teil des gesamten Fluges. Obwohl man noch immer schneller als mit der Bahn reist, ist das Fliegen vom Warten geprägt. Auch hier haben wir eine Barriere, einen Filter. Denn die Sicherheitskontrolle an Flughäfen soll eigentlich Fremdkörper aussondern, die den Ablauf der Beschleunigung stören könnten: Kriminelle und Terroristen.

Dafür nimmt sich die Globalisierung, was sie ansonsten eliminiert: Zeit. Die Folgen eines terroristischen Anschlages lassen sich denn auch an der Verstärkung dieser Barrieren ablesen: an gestrichenen Flügen, an verstärkten Sicherheitskontrollen, verlangsamer Produktion, weil die Container in den Häfen aufgehalten und kontrolliert werden. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Sicherheitspolitik, die im Folgenden charakterisiert werden sollen.

Konsequenzen für die Sicherheitspolitik

Dieser Prozess fortschreitender Enträumlichung, Beschleunigung und Informationalisierung ist irreversibel. Hat die Globalisierung erst einmal ein bestimmtes Niveau erreicht, so kann sie dieses nicht mehr ohne weiteres verlassen. Der Geschäftsreisende von München nach London ist nicht mehr gewillt, die Strecke in acht Stunden zurückzulegen, wenn er es gewohnt ist, sie in drei Stunden mit dem Flugzeug bewältigen zu können. Die Öffentlichkeit nimmt zumindest im Westen Einschränkungen des Informationsangebots nicht ohne weiteres hin und die Aktienmärkte schon gar nicht. Auch wenn Globalisierung nicht immer gleichmäßig voranschreitet, es tatsächlich auch Stockungen gibt, tendenziell aber verdichtet sie die Welt immer weiter. Eine Umkehr ist nicht möglich, ein Rückfall auf ein niedrigeres Niveau ist nur in einem Fall: Im Krieg. Das die gegenwärtige Welt trotz ihres zunehmend regionalen Charakters auch zunehmend unsicher wird, ist in vielerlei Hinsicht wieder den veränderten Umständen unter der Globalisierung zuzurechnen. Nicht Globalisierung an sich macht die Welt unsicher, sondern bereits vorhandene Prozesse und Unsicherheiten wirken sich im Rahmen der Globalisierung unmittelbarer auf uns aus und beschleunigen andernorts teilweise längst begonnene Prozesse. Besonders die so genannten failing states haben in der Öffentlichkeit zu wenig Aufmerksamkeit bekommen. Hinzu kommen die zahlreichen Konflikte die aus der Konfrontation von Tradition und traditionalistischen Kulturen mit dem „Westen“ entstehen, der die vermeintliche Moderne verkörpert. Unmittelbarkeit ist ein Charakterzug der Globalisierung, der die Kluft

zwischen dem industrialisierten und globalisierten „Westen“ und den Teilen der Welt, die an der Globalisierung nur marginalen Anteil hatten bzw. haben besonders deutlich hervortreten lässt. Dieser Umstand verschärft das ohnehin vorhandene Konfliktpotential. Folgende Entwicklungen werden in den nächsten Jahren verstärkt Europa und damit auch die Bundesrepublik treffen:

1) Nah und Mittelost

Der Nahe und Mittlere Osten wird durch unmittelbare Konflikte die politische Landschaft weiterhin beherrschen: der israelisch-palästinensische Konflikt, die nukleare Aufrüstung des Iran und die mangelnden Erfolge in der Stabilisierung und Befriedung des Zentraliraks werden sich direkt auf Europa auswirken. Diese Probleme werden durch interreligiöse Spannungen noch intensiviert, wie die jüngsten Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten in Pakistan gezeigt haben.

2) Afrika

In Afrika wird die Lage unübersichtlicher und komplizierter. Südlich der Sahara sind Millionen Menschen mit HIV/AIDS infiziert, in vielen Gesellschaften über 10% der Gesamtbevölkerung. Damit stirbt die Ökonomie Afrikas, die ohnehin größtenteils auf Subsistenzwirtschaft ausgelegt ist. Territoriale Integrität ist ohnehin kaum noch gegeben. In der mittelbaren Zukunft werden ein Großteil der Konflikte deshalb auf dem afrikanischen Kontinent ausgetragen werden, was in der deutschen Berichterstattung weitgehend verloren geht. Unter den Rahmenbedingungen zunehmender Globalisierung ergeben sich daraus folgende Probleme:

A) im Zuge der Enträumlichung und Beschleunigung bedeutet die größere Freiheit des Einzelnen auch größere Freiheit des Terroristen oder Partisanen. Ein Terrorist der gestern noch auf dem Balkan als Freischärler gegen die Serben gekämpft hat, kann heute schon in Tschetschenien kämpfen und morgen im Irak oder in Afghanistan alliierte Soldaten angreifen.⁴ Teile der internationalen Staatengemeinschaft unterstützen ihn im Falle Bosniens als Freiheitskämpfer, im Irak bekämpfen sie denselben Kämpfer als Terroristen. Dieser Kämpfer ist mobil, im Gegensatz zu westlichen Armeen kann er seine Identität als Kämpfer oder Terrorist ablegen, zivil reisen und auf jedem anderen Punkt der Erde seine Waffe wieder in die Hand nehmen. Er ist die am leichtesten dislozierbare Einheit gegenwärtiger Konflikte und die gefährlichste, weil er nicht als Kombattant erkennbar ist. Damit hat der moderne Terrorismus die oben genannten regulären Filter wirkungslos gemacht. Er ist zugleich flexibler, weil er das System, gegen das sich sein Kampf richtet, für sich benutzen kann. Die globalisierte Welt aber kann darauf nur reagieren, indem sie ihre Filter verstärkt. Weil das aber niemals völlige Sicherheit garantieren kann, versucht man den Partisan auf dem Schlachtfeld zu stellen. Die Enträumlichung machte auch ein ganz neues Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik möglich, ja geradezu notwendig. Die schrecklichen Terroranschläge, die sich am 11. September 2001 innerhalb weniger Stunden ereigneten, haben diesbezüglich nicht nur das Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik nachhaltig ausgedehnt sowie die Instrumente einer breit angelegten Präventionspolitik an Bedeutung gewinnen lassen, sondern stellen auch den Anfang einer neuen Geopolitik dar. Einer globalisierten Geopolitik. Diese neuartige Paradigma macht im Kontext der Enträumlichung und Beschleunigung verständlich, wie ein ursprünglich saudischer Staatsbürger in Afghanistan sein Kapital einsetzen konnte, um durch extremistische Zivilsoldaten aus aller Herren Länder seine ideologische Terrordoktrin in die westliche Zivilisation zu exportieren. Zwar bleibt daraufhin den westlichen Staaten die bekannte und berechenbare Möglichkeit der militärischen Intervention bestehen, jedoch verliert bei diesem Duell auf beiden Seiten die Zivilgesellschaft ihre Unverletzlichkeit: Einerseits ist die westliche Zivilgesellschaft „das weiche Ziel“ der terroristischen Nichtkombattanten, andererseits leidet die muslimische Welt insgesamt unter der Terrorismusbekämpfung. Ganz abgesehen von der Polarisierung beider Zivilgesellschaften und des ansteigenden Demokratie- und

Rechtsstaatlichkeitsverlusts im Rahmen dieses archaischen Duells. Ablesbar wird all dies an vier jüngeren Entwicklungen:

1. den aufgehobenen geostrategischen und sicherheitspolitischen Grenzen,
2. der Entwicklung von aktivem Eingriff (Afghanistan, Irak),
3. der Möglichkeit neuer Allianzen (NATO und MDL, GCC) und
4. der umfangreichen Dislozierung amerikanischer Truppenverbände am Golf

2) Die Informationalisierung erlaubt es den Terroristen und ideologischen Fundamentalisten überall auf der Welt neue Anhänger und Söldner zu rekrutieren. Das Internet verbreitet fundamentalistische Botschaften, kann als Rekrutierungsmedium genutzt werden und wird schließlich als Mittel der Kommunikation immer wichtiger. Die Adressaten der Botschaften, die al-Qaida über das Internet und Fernsehen sind nicht die westlichen Regierungen und Bevölkerungen, sondern die Mitglieder des Netzwerkes. Verklausuliert enthalten diese Botschaften Aufforderungen an die Mitglieder verschiedenster Terrorzellen. Al-Qaida hat als wahrscheinlich erste Organisation überhaupt network-centric warfare adaptiert. Jede Gruppe kann autonom handeln. Eine solche Organisationsform ist mit konventionellen Mitteln quasi unsiegbar. Möglich wurde ein solcher globaler Terrorismus wiederum durch die Medien sowie die Informationalisierung, gegen die sich der Terror genau genommen eigentlich selbst richtet.

Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland

Für die Bundesrepublik im Besonderen und Europa im Allgemeinen ergeben sich daher einige wichtige Schlussfolgerungen, die bislang leider in keiner Debatte aufgegriffen worden sind. Leider stehen die zunehmenden Herausforderungen an Europa einer mangelnden Konfliktfähigkeit Europas und Deutschland im Besonderen gegenüber. Zentral ist hier vor allem ein Gesichtspunkt:

Aus der zunehmenden Zahl von Konflikten wird ein höheres Maß an Interventionsnotwendigkeit resultieren, während gleichzeitig die deutsche Fähigkeit zur Konfliktintervention eher abnehmen wird.⁵ Mehr Konflikte werden das Potential zum Flächenbrand haben, mehr Konflikte als bisher werden die Weltwirtschaft beeinflussen können und mehr Konflikte als bisher werden Europa direkt betreffen: Über Migration, ausbleibende Im- und Exporte und Rohstoffpreise. Gleichzeitig ist die europäische Bevölkerung nicht ohne weiteres gewillt, militärische Interventionen zuzulassen, besonders dann nicht, wenn sie friedensschaffend sind, das heißt wenn ein Frieden nicht mehr gehalten werden kann, sondern erst durch eine Intervention geschaffen werden soll. Sowohl für Peacemaking als auch für Peacekeeping Missionen gibt es keine Erfolgsgarantie, wie man an den gescheiterten Missionen Restore Hope in Somalia und der UNPROFOR Mission in Bosnien Herzegowina gesehen hat. Neben dieser mangelnden Bereitschaft den Blutzoll zu zahlen, der für das Schaffen von Frieden bisweilen unausweichlich ist, kommen noch politische Probleme hinzu. Der ständig schrumpfende Umfang des Verteidigungshaushaltes macht es den Armeen zusätzlich schwer für Auslandseinsätze in größerem Umfang bereit zu sein. Bei der Bundeswehr ist inzwischen privater Ausrüstungskauf an der Tagesordnung und das Material mit dem die Armee zu solchen Missionen ausrücken soll ist zu großen Teilen hoffnungslos überaltert. Zudem sind die Einsätze oft unbefristet. In der Öffentlichkeit ist der Ruf nach Auslandseinsätzen besonders bei humanitären Katastrophen oft sehr schnell sehr laut. Diese Einsätze erfordern aber ein Engagement über die Beilegung der ersten Krise hinaus; langfristige Stabilisierungsmaßnahmen sind dabei Teil der Verantwortung die die Bundeswehr übernimmt wenn sie in den Auslandseinsatz geht. Solche Einsätze können ein weit mehr als zehnjähriges Engagement erfordern, während das öffentliche Interesse an dem Einsatz nach sehr kurzer Zeit erlischt. In Europa und ganz besonders in Deutschland ist der Glaube weit verbreitet, man könne die meisten Krisen mit nichtmilitärischen Mitteln beilegen. Man glaubt die Welt noch immer sicherer, seitdem die direkte Bedro-

hung mit der friedlichen Revolution 1989 beigelegt ist. In den Bevölkerungen ist der Glaube an die Friedensdividende noch nicht erloschen. Das ist eine neue Form des Eurozentrismus und schränkt die europäischen Regierungen in dem Bestreben weltweit Krisen zu lösen ein. Wieder wird Europa zum Maß der Dinge gemacht, auch wenn die Welt bei weitem nicht friedlicher geworden ist. Für Europa und die Bundesrepublik stellt sich daher die Frage, wie man reagieren will. Derzeit führt die Bundesrepublik ihre Auslandseinsätze auf Basis einer inkohärenten Außenpolitik durch. Deutsche Soldaten werden disloziert, ohne eine Gesamtstrategie zu verfolgen, ohne das alles für ihre Sicherheit getan wird und ohne das ein Ende des jeweiligen Einsatzes absehbar wäre. Gegenwärtig werden Auslandseinsätze der Bundeswehr vor allem als Zeichen des guten Willens gegenüber den europäischen und transatlantischen Partnern durchgeführt. Der Sinn des militärischen Engagements ist oft nur zweitrangig. Vor diesem Hintergrund ist eine Neujustierung deutscher Sicherheits- und Außenpolitik dringend geboten. Dabei müssen zwei Fragen in einer öffentlichen Debatte grundsätzlich geklärt werden: Will – erstens – Europa, respektive die Bundesrepublik Deutschland eine Ordnungsmacht sein? Und – zweitens – wenn es eine sein will, wo will sie Ihren Einfluss ausüben? Derzeit zeichnet sich eine Arbeitsteilung bei den anstehenden Problemen ab, die USA wollen sich um die Stabilisierung und Umgestaltung des Greater Middle East kümmern. Für Europa steht die Sicherung des afrikanischen Kontinents als Aufgabe an, erkennbar wird dies an der Europäischen Sicherheitsstrategie (EUSS), die im Dezember 2003 von der Europäischen Union verabschiedet wurde. Vor dem Hintergrund der schwierigen und blutigen Befriedung des Zentralirak könnte man meinen, Europa hätte mit Afrika als Verantwortungsfeld Glück gehabt. Allerdings sind die Herausforderungen in Afrika an die Europäer immens.⁶ Im Folgenden sollen der Nahe und Mittlere Osten und Afrika als europäisches außenpolitisches Betätigungsfeld näher untersucht werden.

Die BRD, die EU und der Nahe und Mittlere Osten

In der internen und externen Dimension der europäischen Nah-Ost-Politik der letzten zwei Dekaden offenbaren sich erhebliche Defizite und institutionelle sowie verfahrensmäßige Schwierigkeiten. Einleitend muss erwähnt werden, dass die EU als politischer Akteur in der Region des Nahen und Mittleren Osten sowohl durch ihre Wirtschaftskraft als auch die Kumulation der politischen und militärischen Ressourcen ihrer Mitgliedsstaaten eine enorme Einflusskraft besitzen könnte. Zwar ergriff die EU in den letzten Jahren einige ausgedehnte Initiativen wie die Zollunion mit der Türkei, die Unterstützung der politischen Transformation in den Gebieten der palästinensischen Autonomiebehörde sowie die Installierung des Barcelona Prozesses, doch das volle Potenzial wurde bisher weitgehend weder entfaltet noch genutzt. Und das, obwohl die EU im Rahmen des 1991 eingerichteten arabisch-israelischen Friedensprozesses von Madrid die Arbeitsgruppe für Regionale Entwicklung (REDWG) leitete und damit den Grundstein für den Prozess von Oslo gelegt hat. Trotz dieses finanziellen und wirtschaftlichen Engagements ist die EU in der Vergangenheit über einen indirekten Einfluss auf die am Friedensprozess beteiligten Parteien nicht hinausgekommen. Dies erlaubte der EU-Außenpolitik eher nur eine reagierende und nicht aktive Beeinflussung der Geschehnisse. Ein ehemaliger hoher EU-Diplomat bringt diesen passiven Status quo auf den Punkt: „The EU pays for the Middle East Peace Process without having a say in it!“⁷ Doch wie sollte sich die EU nun in der Region nach den Geschehnissen des Irak-Kriegs sowie des Todes von Yassir Arafat verhalten? Zu beachten gilt, dass sich gegenwärtig der Nahe und Mittlere Osten in einer Art institutionellem Re-Engineering befindet, da sich die schon oft für tot gesagte Arabische Liga durch ihr Handlungsunvermögen im Rahmen des Irakkriegs definitiv als Mitgestalter regionaler Politik bis auf weiteres diskreditiert hat. Ein Beleg für diese Entwicklungstendenz ist in der regen Verhandlungsdiplomatie der Anrainerstaaten des Iraks außerhalb existierender Gremien und Organisationen zu erkennen, deren Treffen bislang dazu dienen,

eine gemeinsame Position bezüglich des Irakkriegs und seiner Folgeerscheinungen zu entwickeln. Sowohl im Rahmen der Irak-Nachkriegspolitik als auch in der Weiterentwicklung der euro-mediterranen Partnerschaft (EMP) oder des US-amerikanischen Gegenstücks – der Greater Middle East Initiative (GMEI) wäre es von großem Vorteil, diese Tendenzen zu erkennen bzw. sich ihnen anzuschließen. Eine harmonisierte Abstimmung transatlantischer Strategien würde sich hierbei wesentlich effizienter gestalten als der unterschwellig konkurrierende Status quo. Zudem können in der arabischen Welt nur nachhaltig demokratische Verhältnisse geschaffen werden, indem ein grundlegender Wandel in der Haltung gegenüber den undemokratischen Führungseliten in Saudi-Arabien, Ägypten, Jordanien und anderen Staaten stattfindet.

In der Post-Irak-Krise sollte die Hauptaufgabe der Anti-Kriegs-Europäer darin bestehen, gerade nach der Wiederwahl von Präsident Bush wieder auf die USA zuzugehen. Nur durch einen gemeinsamen Wiederaufbau des Irak kann ein weltpolitischer Neubeginn bewirkt werden, in dem die amerikanischen Unilateralisten ebenso wie die europäischen Achsenbefürworter an einem Verhandlungstisch sitzen.¹ Damit sich die Bundesrepublik genauso wie die EU ihren Verbündeten auf internationaler Augenhöhe positionieren kann, ist selbst nach dem Ableben von Yassir Arafats wesentlich mehr als ein wohlklingender Plan zur Beilegung des Nah-Ost-Konflikts erforderlich, da man sonst in Zukunft zum Grüßaugust der Weltpolitik werden könnte.

Die BRD, die EU und der afrikanische Kontinent

Europa hat mit seiner Vergangenheit als Kolonialmacht eine besondere Verantwortung nicht nur gegenüber dem Mittleren Osten, sondern besonders auch gegenüber Afrika. Viele der Probleme Afrikas sind direktes Resultat der kolonialen Vergangenheit: Die Grenzen, die 1884 in Berlin gezogen wurden, prägen den Kontinent bis heute. Sie teilen ganze Völker und sind eine wesentliche Ursache dafür, dass es den meisten afrikanischen Staaten nie gelungen ist, sich als Nationalstaat nach innen zu konsolidieren. Die Kolonien sollten ihm wesentlichen als Rohstofflieferanten für die einsetzende Industrialisierung in den europäischen Zentren nutzbar gemacht werden. Als die Länder Afrikas in den sechziger Jahren unabhängig wurden, waren die Preise für Kakao und Kaffee auf dem Weltmarkt gut, aber mittlerweile ist die einseitige, in der Kolonialzeit vorgenommene Ausrichtung der afrikanischen Volkswirtschaften auf Rohstoffproduktion zu einer der größten Hypotheken dieser Länder geworden. Ihre gesamte, noch aus der Kolonialzeit überlieferte, Infrastruktur dient einzig dem Abfluss an Rohstoffen; Handel zwischen den Staaten des Kontinents gibt es in keinem nennenswerten Umfang. Diese Ausrichtung hat die Länder vom Weltmarkt abhängig gemacht und sie nach dem ersten Einbruch der Weltmarktpreise für Kaffee und Kakao ruiniert. Im Kalten Krieg konnten sich die Systeme einigermmaßen stabilisieren, ihre Verpflichtung zur Demokratie oder good governance spielte keine Rolle, die USA und die Sowjetunion stützen die Regime, oder die Rebellenorganisationen, je nachdem wen die andere Supermacht trug. Seit der Regierungszeit Gorbatschows endeten die Stellvertreterkriege und beide Supermächte zogen sich vom Kontinent zurück. Zurück blieb ein Kontinent mit massiven, ungelösten Problemen, auf einem Berg Schulden, zerfallenden Staaten und einer beginnenden massiven HIV/AIDS Pandemie. Mittlerweile ist Afrika auf der geostrategischen Landkarte wieder erschienen. Die Probleme Afrikas werden unter den Umständen der Globalisierung eben globale Probleme, das gilt besonders für AIDS. Als Rohstofflieferant wird Afrika ebenfalls wieder interessant, die Ölquellen in Nigeria, Äquatorial Guinea und Sudan werden für die Welt deren Ölhunger wächst, immer wichtiger. Der militärische Putsch in São Tomé und Príncipe wurde zunächst als Resultat der neu gefundenen Ölquellen wahrgenommen.² Der internationale Netzwerkterrorismus war in Afrika lange vor dem 11. September 2001 aktiv. Heute dienen Afrikas natürliche Ressourcen als Finanzierungsmittel des internationalen Terrorismus und Afrika selbst als Rückzugsgebiet.

Schon deswegen muss Europa ein Interesse an der Stabilisierung des Kontinents haben. Afrika ist also wieder zurück auf der politischen Agenda, insbesondere der Europas. Und auch die Bundesrepublik wird sich der kolonialen Vergangenheit und der gesamteuropäischen Verantwortung nicht entziehen können.

Im Gegensatz zum nahen und Mittleren Osten ist allerdings eine gemeinsame Position der EU schwieriger zu erreichen. Kann man im Falle des Iraks oder Syriens sich noch immer relativ leicht gemeinsam positionieren, insbesondere in Abgrenzung zu den Vereinigten Staaten, ist das im Falle Afrikas schwieriger. Hier ist besonders die Haltung Frankreichs eine besondere Hypothek. Frankreich verfügt auch über vierzig Jahre nach der Dekolonisation noch immer über zahlreiche Militärabkommen mit afrikanischen Staaten, einschließlich gegenseitiger Verteidigungsabkommen, die oft mit zahlreichen Geheimklauseln versehen sind. Afrikapolitik, die in der Bundesrepublik als Entwicklungshilfepolitik vielfach missverstanden wird, ist bei der französischen Regierung einer der wichtigsten Pfeiler dortiger Außenpolitik und die Präsidenten Frankreichs, egal ob Mitterand oder Chirac, haben sie zum einem wesentlichen Teil ihrer Außenpolitik gemacht.³ Eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik Europas in Bezug auf Afrika Gestalt werden zu lassen steht daher vor schwierigen Herausforderungen. Hinzu kommt ein entscheidendes militärisches Problem. Derzeit sind deutsche Truppen auf mehreren Kontinenten stationiert. Die Bundeswehr ist Truppensteller der ISAF in Afghanistan, der UN Mission in Georgien, den EU Missionen in Kosovo und Bosnien Herzegowina. Einige Verbindungssoldaten sind bereits an der UN Mission zur Überwachung des Waffenstillstandes an der Grenze Äthiopiens und Eritreas stationiert, logistische Einheiten haben auch den Einsatz der Operation Artemis im Bereich der Stadt Bunia im Ost-Kongo unterstützt. Daraus ist erkennbar, dass die deutsche Beteiligung an Auslandseinsätzen derzeit keiner bestimmten Politik zu folgen scheint. Bei der zu erwartenden stärkeren Konzentration von Auslandseinsätzen auf dem afrikanischen Kontinent sind diese langjährigen Verpflichtungen eine schwerwiegende Hypothek, die die Optionen deutscher Politik einschränken, weil logistische Kapazitäten, insbesondere Rückholkapazitäten weit gestreckt sind. So gesehen kann die Konzentration auf militärische Interventionen in Afrika langfristig zwar Entspannung schaffen, kurzfristig aber dürften sie die Kräfte der Bundeswehr überdehnen.

Ein weiterer Punkt sollte unbedingte Berücksichtigung in der neuen transatlantischen Arbeitsteilung finden. Zwar könnte man vor dem Hintergrund der Probleme US amerikanischer Truppen bei der Befriedung des Zentral-Irak glauben, die relativ gesehen einfachere Aufgabe viele nun den Europäern zu. Aber angesichts der militärischen Strukturen Afrikas ist das ein Irrtum. Soldaten in militärischen Interventionen in Afrika werden zwangsläufig mit Kindersoldaten konfrontiert sein und diese auch töten müssen. Da Kindersoldaten nicht nur Täter sondern zumeist auch Opfer sind, wird der Druck auf die politische Führung und das Militär in einem solchen Falle immens werden, was den Erfolg selbst UN legitimierter Aktionen mittelfristig nachhaltig gefährden könnte. In der Antizipation solcher Einsätze werden die rules of engagement vermutlich von der Politik von vornherein so gefasst werden, dass in möglichen Konfliktsituationen sich die Bundeswehr auf minimale Selbstverteidigung beschränken muss. Solche vermeintlich deeskalierenden rules of engagement können aber oft die exakt gegenteilige Folge haben, da die Konfliktparteien sehr genau den Spielraum der Interventionskräfte kennen. Die Situation wird noch komplexer, weil das militärische Potenzial in Afrika in erheblichem Umfang privatisiert wurde. Dabei gibt es zwar auch Warlords, wichtiger sind aber privatisierte Armeen die auf Vertragsbasis sowohl von Staaten als auch Rebellenorganisationen engagiert werden können und die eine militärische Situation mit ihrem hohen Ausbildungsstand leicht entscheiden können, die bekannteste die Ende der 90er Jahre für Aufsehen sorgte war Executive Outcomes.⁴ Situationen, in denen intervenierende Truppen solchen privaten Armeen gegenüberstehen wären durchaus denkbar und überaus riskant.

Die Politik wird versuchen dem Ruf nach Interventionen in Afrika, dem militärischen Dilemma der Unübersichtlichkeit und der Konfrontation mit Kindersoldaten zu entgehen, indem

zunehmend kleinere, befristete Missionen mandatiert werden. Eine solche Mission war die französisch geführte Operation ARTEMIS. Die Mission war auf ein sehr kleines Territorium konzentriert, auf die Stadt Bunia, hatte ein sehr begrenztes Operationsfeld und einen geringen Truppenumfang. Die Mission war zeitlich eng begrenzt und wurde nach kurzer Dauer von einer UN mandatierten Mission abgelöst, der Operation MONUC.

Kann es eine EU-Außenpolitik im transatlantischen Rahmen geben?

Generell stehen den politischen Akteuren bei der Praktizierung der Außenpolitik sowie speziell bei der Bekämpfung des extremistischen Terrors als auch bei der Kontrolle von illegaler Migration zahlreiche wie unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung. Im Großen und Ganzen kann bei den Alternativen eine verallgemeinernde Aufteilung in zwei Gruppen erfolgen, die jeweils vom amerikanischen und europäischen außenpolitischen Akteuren bevorzugt werden: Hard Power und Soft Power. Während bei dem komplexen Prozess der Soft Power die EU eher bestrebt ist, reformfreundige Kräfte innerhalb betreffender Länder zu unterstützen und existierende Regime durch Dialog, Hilfe und behutsame Konditionalisierung zu einem Umdenken zu bewegen, ist amerikanische Politik eher darauf bedacht, Staaten, die sich den westlichen Interessen widersetzen, im Rahmen des Hinweises auf bestehende Demokratiedefizite mit Sanktionsmaßnahmen bis hin zum von außen erzwungenen Regimewechsel zu drohen. Hard und soft power sind im Idealfall die zwei Seiten der Medaille, die Krisenprävention und Krisenmanagement heißt „Zuckerbrot und Peitsche“ oder „speak softly and carry a big stick“ sind Sprichwörter, die in der internationalen Politik nur dann über Glaubwürdigkeit verfügen, wenn hard power auch glaubwürdig angedroht werden kann. Hierbei darf es langfristig keine Arbeitsteilung geben, wie Egon Bahr sie vorgeschlagen hat: Die Amerikaner gewinnen die Kriege - die Europäer sichern den Frieden.⁵

Trotz einer nicht ganz einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik erscheint der europäische Ansatz Erfolg versprechender, bei dem die dem islamistischen Terrorismus zu Grunde liegenden Ursachen genauso behandelt werden wie seine Symptome. Hierfür stellt die euromediterrane Partnerschaft ein hervorragendes Forum dar, wie schon das ad-hoc-Treffen aller Mitgliedsstaaten der EMP im November 2001 bewies. Man einigte sich damals in Brüssel nicht nur unter dem Eindruck der Ereignisse des 11. Septembers auf eine Aufwertung des Dialogs der Kulturen im Rahmen der EMP, sondern entfachte auch eine neue Dynamik in der sicherheitspolitischen Partnerschaft. Anders als in der Vergangenheit, geht diese nun über gemeinsame Terrorismus-Definitionen und Prinzipienklärungen hinaus und reicht bis zu praktischen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung, die im Valencia Action Plan zusammengefasst sind. Speziell nach den Attentaten von Madrid erscheint eine weitere Intensivierung in diesem Sektor vonnöten. Die Bundesrepublik und Europa insgesamt müssen ihr Engagement im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika deutlich verstärken. In Afrika gibt es mit NEPAD und der Afrikanischen Union zunehmend Institutionen die auf ein verändertes Problembewusstsein in Afrika selbst schließen lassen. Für die Probleme des Kontinents werden nicht mehr nur die ehemaligen Kolonialmächte verantwortlich gemacht, sondern auch eigene Fehler. Die aus diesem Ansatz entstehenden Entwicklungen und Institutionen müssen unterstützt werden, wenn nötig auch finanziell. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfeausgaben ist daher dringend geboten. Gleichzeitig muss Europa endlich einheitlich als Geber auftreten und die Außenpolitik einheitlich gestalten, die Einfuhrbeschränkungen für afrikanische Agrarprodukte aufheben und Afrika helfen regionale Märkte zu etablieren. Europa und insbesondere Deutschland muss lernen, afrikanische Länder nicht länger nur als „Empfänger“ zu begreifen, sondern als Partner ernst zu nehmen. Europa muss sich bereitmachen, Afrika im Ernstfall militärisch zur Seite zu stehen. Dafür muss die Ausrüstung und Ausbildung europäischer Armeen, insbesondere der Bundeswehr erneuert und angepasst werden. Europa muss begreifen, dass Afrikapolitik nur europäisch Sinn machen kann und integrativer Bestandteil jeglicher

Sicherheitspolitik ist.

Sowohl im Nahen und Mittleren Osten, als auch in Afrika kann nur international abgestimmtes Auftreten Sinn machen. Europa muss endlich einheitliche Politik gestalten um dauerhaft glaubwürdig auftreten zu können. Und die USA müssen ihre Vorbehalten gegen eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Außenpolitik endlich aufgeben, denn ein gemeinsames Auftreten der Europäer schwächt nicht die NATO, im Gegenteil, es kann die NATO zu einem wirksamen und glaubwürdigen transatlantischen Akteur machen. Die Bundesrepublik Deutschland muss eine der fördernden Kräfte hinter der GASP sein und dabei selbst einen entschiedeneren Beitrag zur Modernisierung seiner außenpolitischen Handlungsspielräume leisten, insbesondere was die Modernisierung der Bundeswehr angeht. Die Bundesrepublik strebt nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Aber um dieses Bestreben glaubhaft zu machen und der Weltgemeinschaft etwas bieten zu können, muss deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik endlich kohärent gestaltet werden und mit den europäischen und transatlantischen Partnern abgestimmt werden. Denn eines sollte sowohl europäischen als auch deutschen Politikgestaltern bewusst sein, die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners wird für das Erreichen dieses anvisierten Ziels nicht ausreichend sein.

Endnoten

1 Hobsbawm, Eric: Das Gesicht des 21. Jahrhunderts. München, 2002, insbesondere S. 78-114.

2 Bauman, Zygmunt: Flüchtige Moderne. Frankfurt am Main, 2003, S. 156.

3 So ist zum Beispiel die Zeit zwischen der Französischen Revolution und der Bürgerlichen Revolutionen 1847/48

eine sehr entwicklungsintensive Zeit, der Historiker Reinhart Koselleck nennt sie daher eine "Sattelzeit". Koselleck,

Reinhart: Vergangene Zukunft. Zur Semantik historischer Zeiten. Frankfurt am Main, 1979.

4 Diese geradezu schizophrene Zug, dass das Auftreten des Kämpfers, Terroristen und Partisanen in einem Land mit

unseren Interessen zusammenfallen kann, in dem nächsten aber unserem Interesse nach Sicherheit diametral entgegengesetzt

ist, macht es schwierig ihm eine Bezeichnung zu geben. In Anlehnung an seine Irregularität scheint der

Begriff des Partisanen zwar noch ungenügend, aber am ehesten geeignet. Vgl. Münkler, Herfried: Über den Krieg.

Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion. Weilerswist:

Velbrück Wissenschaft, 2004;

S. 173-198.

5 Dieter Farwick und Babak Khalatbari haben dieses Dilemma treffend mit „Moral der Ohnmacht“ umschrieben.

Vgl. Farwick, Dieter/Khalatbari, Babak: Krieg und Frieden. Stellt sich bei Soft und Hard Power die Gretchenfrage?

In: Die Politische Meinung, St. Augustin, Januar 2005.

6 Die sich abzeichnende Aufgabenverteilung kann zum Beispiel daran abgelesen werden, dass die USA südlich von

Djibuti keinen einzigen Stützpunkt in Afrika mehr unterhalten.

7 Kranidiotis, Yannis (Deputy of Foreign Affairs in Greece), in: PMI (Hrsg.): Conference Proceedings, Athens 1998, S. 17.

8 Vgl. Münkler, Herfried: Hasen und Löwen, in: FAZ vom 20.05.2003, S. 8.

9 Das Öl im Golf von Guinea ist qualitative hochwertig und daher begehrt. Afrikas Öl bietet

zudem eine Möglichkeit

sich von arabischem Öl unabhängiger zu machen. Derzeit macht afrikanisches Öl etwa 16% der amerikanischen Öl-

Importe aus, dieser Prozentsatz soll bis 2015 auf 25% steigen. Vgl. Porto, João Gomes: Coup d'État in São Tomé

and Príncipe. In: African Security Review. 12 (4/2003), S. 33-35 und Basedau, Matthias und Mehler, Andreas: Strategische

Ressourcen in Subsahara-Afrika. Konfliktpotenziale oder Friedensgrundlagen. In: Internationale Politik. 58

(3/2003), S. 39-46.

10 Vgl. Mehler, Andreas: Die französische Afrikapolitik. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Oktober 2004.

11 Lock, Peter: The withering military in sub-Saharan Africa: New roles for the private security industry? In: Afrika

spectrum. 33 (2/1998), S. 135-155.

12 Vgl. Bahr, Egon: Krieg und Frieden, in: FAZ vom 10.12.2003, S. 8.

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

- | | | |
|----|---|-------------------|
| 20 | Unbekannt
Der große europäische Teppich | 11. Dezember 2003 |
| 21 | Unbekannt
Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung | 14. Januar 2004 |
| 22 | Dimitrios Argirakos
Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes | 08. März 2004 |
| 23 | Ulf Gartzke
Regime Change à la El Kaida | 20. März 2004 |
| 24 | R. Alexander Lorz
Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer | 27. April 2004 |
| 25 | Alexander Siedschlag
Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung | 02. Mai 2004 |
| 26 | Niels-Jakob Küttner
Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig | 17. Juni 2004 |
| 27 | Karim Zourgui
Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung | 02. Juli 2004 |
| 28 | Dimitrios Argirakos
Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung | 02. Juli 2004 |
| 29 | Alexander Alvaro
Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten | 14. Januar 2005 |
| 30 | R. Alexander Lorz
Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa | 14. Januar 2005 |
| 31 | Harpriye A. Juneja
The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century | 22. Januar 2005 |
| 32 | Joshua Stern
NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11 | 22. Januar 2005 |
| 33 | Caroline Oke
The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century? | 22. Januar 2005 |
| 34 | Dustin Dehez
Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft | 01. Februar 2005 |
| 35 | Marwan Abou-Taam
Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft | 01. Februar 2005 |
| 36 | Dimitrios Argirakos
Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in | 10. Februar 2005 |

Europa		
37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiota Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehéz Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005

54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005
55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
		07. Februar 2006

- | | | |
|----|---|------------------|
| 73 | Mark Glasow
Neue strategische Überlegungen zur Rolle des 'Terrorismus' auf der internationalen Bühne | |
| 74 | Ulf Gartzke
What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor | 09. Februar 2006 |
| 75 | Edward Roby
Control of oil is dollar strategy | 13. Februar 2006 |
| 76 | Dr. Lars Mammen
Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung? | 10. März 2006 |
| 77 | Edward Roby
New asset class for cosmopolitan high rollers | 18. März 2006 |
| 78 | Daniel Pahl
Thoughts about the military balance the PRC and the USA | 18. März 2006 |
| 79 | Dustin Dehéz
Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo | 18. März 2006 |
| 80 | Lars Mammen
Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus | 26. März 2006 |
| 81 | Edward Roby
Clocking the speed of capital flight | 17. April 2006 |
| 82 | Ulf Gartzke
Turkey's Dark Past and Uncertain Future | 17. April 2006 |
| 83 | Lars Mammen
Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui | 04. Mai 2006 |
| 84 | Jessica Heun
See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil | 23. Mai 2006 |
| 85 | Tiffany Wheeler
Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment | 23. Mai 2006 |
| 86 | Dustin Dehéz
Obstacles on the way to international recognition for Somaliland | 29. Mai 2006 |
| 87 | Dustin Dehéz
Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen? | 01. Juni 2006 |
| 88 | Samuel D. Hernandez
Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player | 21. Juni 2006 |
| 89 | Sarabeth K. Trujillo
The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters | 21. Juni 2006 |
| 90 | Matthew Omolesky
Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo | 26. Juni 2006 |

- | | | |
|-----|--|--------------------|
| 91 | Eckhart von Wildenradt
A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954 | 26. Juni 2006 |
| 92 | Gesine Wolf-Zimper
Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung? | 01. Juli 2006 |
| 93 | Edward Roby
The geopolitics of gasoline | 10. Juli 2006 |
| 94 | Michaela Hertkorn
Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon | 01. August 2006 |
| 95 | Edward Roby
Germany's 2% boom | 11. September 2006 |
| 96 | Lars Mammen
Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 | 12. September 2006 |
| 97 | Dustin Dehéz
Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia | 28. September 2006 |
| 98 | Edward Roby
Asian energy quest roils worldwide petroleum market | 02. Oktober 2006 |
| 99 | Christopher Radler
Ägypten nach den Parlamentswahlen | 11. Oktober 2006 |
| 100 | Michaela Hertkorn
Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework | 16. November 2006 |
| 101 | Raphael L'Hoest
Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie | 10. Januar 2007 |
| 102 | Klaus Bender
The Mystery of the Supernotes | 11. Januar 2007 |
| 103 | Dustin Dehéz
Jahrhundert der Ölkriege? | 11. Januar 2007 |
| 104 | Edward Roby
A Nutcracker for Europe's energy fantasies | 14. Januar 2007 |
| 105 | C. Eduardo Vargas Toro
Turkey's Prospects of Accession to the European Union | 25. Januar 2007 |
| 106 | Unbekannt
Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk | 30. Januar 2007 |
| 107 | Edward Roby
Healthy market correction or prelude to a perfect storm? | 19. März 2007 |
| 108 | Edward Roby
Upswing from nowhere | 25. Mai 2007 |

109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU- Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007
111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11. September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008

128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008
130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September 2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck	29. März 2009

The Legacy of the Nation – State in East Asia		
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás	28. Oktober 2009
150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org